



BRASILIEN HEUTE: VON DER VERRECHTLICHUNG DER POLITIK ZUR POLITISIERUNG DER JUSTIZ?

14. NOVEMBER 2017 | 17–19 UHR
HENRY-FORD-BAU DER
FREIEN UNIVERSITÄT BERLIN

In den gegenwärtigen Demokratien übernimmt die Judikative zunehmend die Verantwortung, Entscheidungen über Fragen zu treffen, für die die politischen Akteure keine einvernehmliche Lösung finden können. Diese Verrechtlichung oder Justizialisierung der Politik kann negative Folgen mit sich bringen: Sie verlagert die Entscheidungsmacht von gewählten politischen Akteuren auf Richterinnen und Richter, die nicht von den Staatsbürgerinnen und -bürgern direkt kontrolliert werden. In vielen Fällen ist die Rolle der Judikative jedoch zentral, um Stillstand in der Politik zu überwinden. Ein Beispiel hierfür ist die Entscheidung des Obersten Bundesgerichts in Brasilien, die Wahlkampffinanzierung mittels Unternehmensspenden für verfassungswidrig zu erklären, nachdem es über Jahre im Kongress nicht möglich war, eine Reform der Wahlkampffinanzierung zu verabschieden.

Was allerdings in Brasilien seit 2015 stattfindet, ist vielen kritischen Stimmen nach keine Justizialisierung der Politik mehr, sondern eine weitreichende Politisierung der Judikative. Diese versteht sich zusehends als höchste moralische Instanz und interveniert mit eigenen Kriterien, die sich nicht über einen diskursiven demokratischen Prozess gebildet haben, in die Politik. Zudem verstärkt sich der Eindruck, dass sich Teile der Justiz und der Strafverfolgungsbehörden instrumentalisieren lassen, um politische Gegnerinnen und Gegner zu neutralisieren.

Während die Justizialisierung der Politik positive Folgen haben kann, stellt die Politisierung der Judikative einen grundsätzlichen Bruch mit der Rechtsstaatlichkeit dar. Diese gegenwärtigen Herausforderungen für die brasilianische Demokratie werden von Dilma Rousseff, Ökonomin und Staatspräsidentin Brasiliens von 2011 bis 2016, und Herta Däubler-Gmelin, Juristin und Bundesministerin der Justiz von 1998 bis 2002, ausgelotet.

Das Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin und die Friedrich-Ebert-Stiftung laden Sie herzlich zu dieser Kooperationsveranstaltung ein.

ANMELDUNG

Bis zum 07.11.2017

16.00 · EINLASS

17.00 · BEGRÜßUNG

Prof. Dr. Barbara Fritz, Forschungszentrum Brasilien, Freie Universität Berlin

Michael Sommer, stellvertretender Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung

17.15 · DIE HERAUSFORDERUNGEN DER KORRUPTIONS- BEKÄMPFUNG FÜR POLITIK UND RECHT

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin, ehem. Bundesministerin der Justiz

17.30 · HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT IN BRASILIEN

Dilma Rousseff, ehem. Staatspräsidentin Brasiliens

18.00 · DILMA ROUSSEFF UND HERTA DÄUBLER-GMELIN IM GESPRÄCH. DISKUSSION MIT DEM PUBLIKUM

Moderation: *Prof. Dr. Sérgio Costa*, Lateinamerika-Institut der FU Berlin

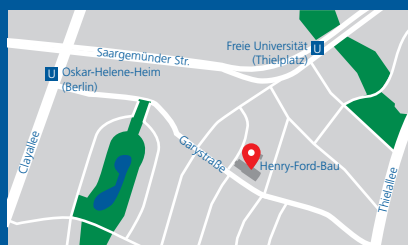
18.45 · ENDE DER VERANSTALTUNG. EMPfang

Es wird simultan brasilianisches Portugiesisch-Deutsch gedolmetscht.

 **forschungszentrum brasilien**
centro de pesquisas brasileiras

Freie Universität  Berlin

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**



VERANSTALTUNGSORT
Henry-Ford-Bau der
Freien Universität Berlin
Garystraße 35
14195 Berlin-Dahlem
Hörsaal A

VERANTWORTLICH
Dr. Svenja Blanke, FES
Prof. Dr. Barbara Fritz, FU

ORGANISATION
Jule Wocke
Friedrich-Ebert-Stiftung
Referat Lateinamerika & Karibik
Hiroshimastraße 28, 10785 Berlin
E-Mail: Info.LaK@fes.de

Mehr zur Arbeit der
FES in Lateinamerika



Bei Fragen zur barrierefreien Durchführung der Veranstaltung wenden Sie sich gern an uns.